

**Interpellation der SP-Fraktion:
«Kommission für Härtefälle im Asylbereich**

Das gestern an der Urne angenommene Asylgesetz gibt den Kantonen neue Kompetenzen in grundrechtlich sensiblen und humanitär heiklen Bereichen.

Nach Art.14 Abs. 2 nAsylG können die Kantone mit Zustimmung des Bundesamtes Personen nach abgeschlossenem Asylverfahren und einer Aufenthaltsdauer von 5 Jahren in der Schweiz, eine Aufenthaltsbewilligung erteilen, wenn wegen der fortgeschrittenen Integration ein schwerwiegender persönlicher Härtefall vorliegt.

Nach Art. 89 nAsylG können Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden.

Wir fragen die Regierung an, ob sie bereit ist, für die Beurteilung der Härtefälle gemäss Art. 14 nAsylG sowie die Erarbeitung von Kriterien für den Ausschluss von Sozialhilfe gemäss Art. 82 Abs. 1 nAsylG, eine Härtefallkommission zu bilden, die sich aus Vertretern des Ausländeramtes, von Sozial- und Fürsorgebehörden, der Hilfswerke und der Asylorganisationen zusammensetzt und zuhanden des zuständigen Departementes Empfehlungen abgibt. Nur so kann sichergestellt werden, dass die während des Abstimmungskampfes seitens der Befürworter des neuen Gesetzes abgegebenen Versprechen, wonach die humanitäre Tradition durch das neue Gesetz nicht tangiert werde, tatsächlich auch umgesetzt werden.»

25. September 2006

SP-Fraktion